

ANTRAG

der ÖAAB&FCG-Fraktion an die 5. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg

Konsumentenschutz E-Ladestationen

Auf den Straßen sind E-Fahrzeuge nicht mehr wegzudenken. Die entsprechende Infrastruktur zur Ladung der Akkumulatoren wird zunehmend ausgeweitet. Die Benutzer der E-Fahrzeuge sind dabei auf die Fremdinfrastruktur angewiesen, will man eine größere Strecke zurücklegen.

Die Betreiber der Ladestationen bedienen sich unterschiedlicher Geschäftsmodelle. Während in Einkaufszentren oder öffentlichen Einrichtungen zumeist kostenlose Lademöglichkeiten angeboten werden, gibt es anderswo Abstellplatzgebühren und undurchsichtige Tarifordnungen (Ladepunkte/kWh, Dauer, Dauerkunde,). Für Transparenz sorgen oft nur Pauschalangebote für eine Beladung. Das Preischao führt dazu, dass im Vorfeld die Kosten der Beladung kaum ermittelt werden können. Die Arbeiterkammer hat hierüber bereits Studien durchgeführt und kritisiert auch, dass es keine einheitlichen Abrechnungseinheiten gibt.

Die EU hat bereits 2014 eine Richtlinie zur Festlegung einheitlicher Standards beim Infrastrukturaufbau für alternative Kraftstoffe 2014/94 EU beschlossen, welche die Möglichkeit eines einfachen und eindeutigen Preisvergleichs einfordert. Die Umsetzung müsste nun auf nationaler Ebene durch den Gesetzgeber erfolgen.

Zielführend ist die Einführung von geeichten Anzeigen und Abrechnung in Kilowattstunden. Neben der Forderung nach mehr Preistransparenz und einer verpflichtenden Abrechnung in kWh hat die AK auch die "Einführung eines Preismonitorings, vergleichbar zum Spritpreismonitor, etwa angesiedelt in der E-Control, welche derzeit bereits das Ladepunktereister führt" gefordert.

Aus diesem Grund stellt die ÖAAB&FCG Fraktion in der Salzburger Arbeiterkammer den

ANTRAG

die 5. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg fordert daher den Gesetzgeber dazu auf, die Umsetzung einer Preistransparenz, einer verpflichtenden Abrechnung in kWh und eines Preismonitorings, umzusetzen.

Für die ÖAAB&FCG-Fraktion

FO DI (FH) Johann Grünwald
Salzburg, am 12. Mai 2021